

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telefax: 8 86 846 ppbn d

## Inhalt

Klaus Hänsch MdEP zum  
US-Schlag gegen Libyen:  
Wider das Internationale  
Recht. Seite 1

Annemarie Renger MdB  
wendet sich gegen Waffen-  
lieferungen in die Nahost-  
Region: Weder die Araber  
noch die Israelis dürfen  
von uns aufgerüstet wer-  
den. Seite 2

Dr. Uwe Holtz MdB kom-  
mentiert die IPU-Resolu-  
tion zur Terrorismusbek-  
ämpfung: Die Ursachen  
beseitigen. Seite 3

Egon Lutz MdB fordert  
konkrete Maßnahmen zur  
Bekämpfung der Schwarz-  
arbeit: Nicht als Kava-  
liersdelikt ahnden.  
Seite 4

Eckart Kuhlwein MdB  
stellt die SPD-Forderungen  
zur BAföG-Novellierung  
vor: Strukturen und Beträ-  
ge neu überdenken.  
Seite 5

Klaus Daubertshäuser MdB  
fordert die Intensivierung  
des kombinierten Ver-  
kehrs: Straßen von schwe-  
ren LKWs entlasten.  
Seite 6

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

41. Jahrgang / 71

15. April 1986

### Wider das internationale Recht

#### EG-Sozialisten verurteilen US-Schlag gegen Libyen

Von Klaus Hänsch MdEP  
Stellvertretender Vorsitzender des Politischen Ausschusses des  
Europäischen Parlaments

Die Sozialistische Fraktion im Europäischen Parlament verurteilt jede Militäraktion der USA gegen Libyen, die internationalern Recht widersprechen. Der Krieg ist kein geeignetes Mittel zur Bekämpfung des Terrorismus. Die Sozialistische Fraktion im Europäischen Parlament wird zur Überwindung der Krise konstruktive Vorschläge vorlegen.

An die Adresse der EG richten wir die Aufforderung, auf die USA einzuwirken, damit der Terrorismus statt mit militärischen Aktionen durch geeignete internationale Kooperation an neuen Operationen gehindert wird. Bei dieser Terrorismusbekämpfung ist insbesondere eine verstärkte Kooperation mit den arabischen Staaten notwendig.

Die Sozialistische Fraktion verurteilt als stärkste politische Gruppierung des Europäischen Parlaments die terroristischen Aktionen gegen US-Bürger ebenso wie alle anderen Formen des internationalen Terrorismus mit aller Schärfe. Das gilt auch für die Ankündigung des libyschen Volkskongresses, der Gewaltaktionen gegen die USA und Israel in der Welt angekündigt hat.

(-/15.4.1986/rs/ks)

\* \* \*



**Keine Waffen für Nahost**

**Weder die arabischen Staaten noch Israel dürfen von uns aufgerüstet werden**

**Von Annemarie Renger MdB  
Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages**

Nach Zusagen für Waffenlieferungen an Saudi-Arabien sah sich Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner bei seinem Besuch in Israel auch israelischen Waffenwünschen gegenüber.

Glaubt man den Presseberichten von deutscher Kooperationsbereitschaft, so muß mit wachsender Sorge festgestellt werden, daß auch der Besuch des Verteidigungsministers in Israel dazu beigetragen hat, daß sich die Bundesregierung auf der abschüssigen Bahn von Waffenzusagen an einen Staat in der Nahost-Region, der Waffenwünsche anderer Staaten hervorrufen muß, wieder ein Stück abwärts bewegt hat und sich der Dynamik immer neuer Waffenlieferungen immer weniger entziehen kann.

Statt sich bei Waffenexporten in die hochgradig gefährdete Nahost-Region zurückzuhalten, wächst die Gefahr, daß die Bundesrepublik ausgerechnet in dieser Region zu einem Waffenlieferanten größeren Stils potentieller Kriegsgegner wird.

Die Bundesrepublik darf ihre besondere Verantwortung gegenüber den Menschen in Israel und gegenüber der Entwicklung im Nahen Osten zu keinem Zeitpunkt aus den Augen verlieren.

Schon aus diesem Grund verbieten sich, hierauf hat auch ausdrücklich Ministerpräsident Johannes Rau bei seinem jüngsten Besuch in Israel hingewiesen, für die Bundesrepublik Waffenexporte in arabische Länder wie auch nach Israel.

Statt mit Waffengeschäften die Region zu destabilisieren, sollten wir lieber mit darüber nachdenken, ob durch materielle Hilfen ein Beitrag zum Spannungsabbau in der Region geleistet werden kann.

Wie mit Waffenlieferungen an arabische Staaten, würde die Bundesregierung auch mit Waffenlieferungen an Israel das komplizierte Kräfteverhältnis in der Nahost-Region erschüttern und eine neue Runde von sinnlosem Wettrüsten in einer Region mit herbeiführen, die in ganz besonderem Maße darauf angewiesen ist, ihre Ressourcen zur Überwindung der größten Armut einzusetzen.

Waffenlieferungen in die Nahost-Region müssen auch deshalb immer mit ganz besonderer Sorge beobachtet werden, weil sie alle sich anbahnenden Verhandlungsbemühungen zwischen der Regierung Peres und den arabischen Nachbarn stören müssen.

Die Bundesregierung täte besser daran, Waffenlieferungen in die gesamte Nahost-Region strikt zu unterbinden.

(-/15.4.1986/rs/ks)

\* \* \*



### Die Ursachen des Terrorismus beseitigen

Die Bundesregierung sollte die Resolution der Internationalen Parlamentarischen Union umsetzen

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit des Deutschen Bundestages  
Stellvertretender Vorsitzender der Bundestags-Delegation bei der IPU-Konferenz in Mexiko

Angesichts des Anstiegens des internationalen Terrorismus hatte die Interparlamentarische Union (IPU) die Bekämpfung des Terrorismus auf die Tagesordnung ihrer letzten Sitzung gesetzt. Am vergangenen Samstag verabschiedete die IPU auf ihrer Tagung in Mexiko eine Resolution, in der Abgeordnete aus rund 100 Ländern, darunter auch aus der Bundesrepublik, unzweideutig jeglichen Terrorakt verurteilen - unabhängig von Ort und Autor.

An alle Staaten wird appelliert, die Bedeutung einer Politik anzuerkennen, die sich nicht auf Konzessionen gegenüber den Terroristen einläßt, weil die internationale Gemeinschaft sich nicht der Erpressung von Terroristen unterwerfen könne.

Die Bundesregierung sollte in geeigneter Weise zur Umsetzung dieser Resolution beitragen, die als wichtigste Maßnahmen zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus empfiehlt:

1. Die Regierungen sollen einzeln und in Zusammenarbeit mit anderen Regierungen wie auch mit den relevanten UN-Organen zur Beseitigung jener Ursachen beitragen, die dem internationalen Terrorismus zugrunde liegen, wie Kolonialismus, Rassismus, flagrante Menschenrechtsverletzungen und die Okkupation fremder Territorien.
2. Parlamente und Regierungen aller Staaten müssen die internationale Zusammenarbeit verstärken, um Wege und Mittel zur wirksamen Bekämpfung von Akten des internationalen Terrorismus zu finden.
3. Alle Staaten sollen viel enger als bisher miteinander zusammenarbeiten, insbesondere durch den Austausch von relevanten Informationen; die Verhaftung, Verfolgung oder Auslieferung von Terroristen sowie den Abschluß besonderer Verträge.

Darüber hinaus werden alle Staaten aufgefordert, ihre Verpflichtungen gemäß dem internationalen Recht zu erfüllen und sich der Organisation, Finanzierung, Anstiftung, Hilfe oder Teilnahme an Terrorakten in anderen Staaten zu enthalten und auch die Vorbereitung entsprechender Aktivitäten in ihren Ländern zu unterbinden. Regierungen und Parlamente sind aufgefordert, alle notwendigen Maßnahmen - einschließlich eines Boykotts betreffender Flughäfen - zu ergreifen, um Terrorakte zu verhüten und Terroristen zu bestrafen.

Die rasche Verwirklichung dieser Forderungen in allen Ländern würde die Geißel des modernen Flugzeugzeitalters zurückdrängen helfen. Kriegerische Akte oder Invasionen haben eher einen gegenteiligen Effekt; sie werden kaum das erwartete Resultat, nämlich die Beseitigung des internationalen Terrorismus, bringen. Statt dessen ist zu befürchten, daß die Hölle für Europa entfesselt wird. Was heute nacht passiert ist, kann auf längere Zeit alle Ansatzpunkte auf Frieden im Nahen Osten in die Luft sprengen. Es wird Zeit, daß die „Rambos“ in der Politik endlich merken, daß die Anwendung von Gewalt neue Gewalt erzeugt.

(-/15.4.1986/rs/ks)



**Schwarzarbeit darf nicht beschönigt werden**

**Bemerkungen zu den neuesten Feststellungen der Bundesanstalt für Arbeit**

**Von Egon Lutz MdB**

**Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung**

Präsident Franke hat alarmierende Zahlen über das Ausmaß der illegalen Beschäftigung und der Schwarzarbeit oder - wie er dies beschönigend nennt - der „Schattenwirtschaft“ bekannt gegeben: 191.000 Verstöße gegen das Verbot der illegalen Beschäftigung von Leiharbeitnehmern, 106.000 Verfahren, 23.000 mehr als im Vorjahr, 17.000 Strafanzeigen der Arbeitsämter, 140 Millionen DM, die Finanzamt und Sozialversicherungsträger betreiben konnten.

Im kriminellen und halbkriminellen Bereich von Schwarzarbeit und illegaler Arbeitnehmerüberlassung rechnet man mittlerweile mit einem Umsatz von 180 Milliarden Mark. Was da an Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen hinterzogen wird, das stellt sämtliche Großeinkünfte eines Jahres bei weitem in den Schatten. Grund genug, verstärkt dagegen anzugehen.

Bei der Bundesanstalt sind 360 Mitarbeiter eingesetzt, die sich der Bekämpfung der illegalen Leiharbeit widmen, weitere 250 Fachkräfte sollen dazu kommen. Weiß Gott, da wird den Spitzbuben aber ein gehöriger Schrecken ins Gebein fahren! Noch mehr werden sie zittern, wenn sie sich die Statistik der Verurteilungen einmal ansehen, mit denen die Gerichte im abgelaufenen Jahr „zugeschlagen“ haben: 1.300 Verfahren wurden abgewickelt, Geldbußen in Höhe von 10,4 Millionen (!) DM verhängt. Was Wunder, wenn die Überwachungsbeamten am Sinn ihres Tuns zu zweifeln beginnen.

Das Verbot der Leiharbeit auf dem Bau und die Verschärfung der gesetzlichen Bestimmungen gegen Schwarzarbeit waren die letzten Maßnahmen des Gesetzgebers gegen diese Form von Kriminalität. Sie geschahen zu Zeiten der sozialliberalen Koalition. Seither ist diesen Machenschaften eher Vorschub geleistet worden: das dubiose „Beschäftigungsförderungsgesetz“ ermutigt die Unternehmen geradezu, über den gesetzlichen Rahmen hinaus zu handeln und den Staat sowie die Sozialversicherungsträger zu schädigen. Die auf sechs Monate ausgedehnte Verleihdauer, die zur Regel gewordenen befristeten Arbeitsverhältnisse vermehren die Umgehungsmöglichkeiten, um nur zwei Beispiele zu nennen.

Wenn die offiziellen Regierungsvertreter sowie die Bundesanstalt von „Schattenwirtschaft“ reden, dann haben sie geradezu mit sprachlichen Nebelkerzen den Betrug verharmlost. Hier darf nicht der Schatten von Verständnis aufgebracht werden. Auch das Gefasel von den hohen Lohnnebenkosten, die immer mehr Unternehmen in die Schattenwirtschaft treiben würden, ist im Grunde unerhört. Nach der gleichen Logik müßte man Verständnis für jeden Bankräuber aufbringen, den chronische Geldnot zu seinem Schritt treibt.

Das Mitgefühl mit den Betrogenen ist nicht anzuraten, der Staat hat seine gesetzlichen Abwehrwaffen einzusetzen. Wenn jährlich 50 Milliarden DM an Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen hinterzogen werden, dann wäre es hoch an der Zeit, der Polizei die Aufgabe zu stellen, ihre Energie nicht so sehr auf das Überführen von Parksündern zu verschwenden, sondern der Schwarzarbeit und dem illegalen Arbeitnehmerverleih auf den Zahn zu fühlen. Jeder aufgegriffene Fall (vorausgesetzt, die Gerichte würden endlich aufhören, diese Betrugsdelikte als Kavalierssünden zu ahnden) würde zu ein wenig mehr Licht im Schatten sorgen und sich außerdem auch noch rechnen.

(-/15.4.1986/rs/ks)

**Das BAföG verbessern**

Zur bevorstehenden Novellierung des Bundesausbildungsförderungsgesetz

Von Eckart Kuhlwein MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Ausschuß für Bildung und Wissenschaft des Deutschen Bundestages

Die soziale Lage der Studenten hat sich in den letzten Jahren erheblich verschlechtert. Die Ausbildungsförderung hat mit den Preissteigerungen - insbesondere bei den Mieten - nicht Schritt gehalten. Der Anteil der überhaupt geförderten Studenten liegt nur noch bei 25 Prozent. Über 60 Prozent der Studenten müssen mit weniger als 900 DM im Monat auskommen, 26 Prozent sogar mit weniger als 700 DM. Damit liegt ein beträchtlicher Teil der Studenten mit den verfügbaren Einkommen an der Armutsgrenze.

Die SPD hält daran fest, daß durch die individuelle Ausbildungsförderung nach dem BAföG auf eine „berufliche Chancengleichheit“ der jungen Menschen hingewirkt werden muß (Begründung des Gesetzentwurfs von 1971). Diese Chancengleichheit ist nicht mehr gewährleistet. Kinder aus Familien mit geringem Einkommen oder Kinder mit mehreren Geschwistern können nur noch dann studieren, wenn die Eltern ihren eigenen Lebensstandard erheblich reduzieren oder wenn sie einen großen Teil ihres Lebensunterhalts durch Werkarbeit verdienen. Hinzu kommt, daß die Umstellung der Förderung auf Vollدارlehen über 40.000 DM Schulden am Ende des Studiums beim Eintritt in ein unsicheres Arbeitsleben bedeutet.

Wenn BAföG seine ursprüngliche Aufgabe wieder erfüllen soll, müssen die Strukturen und Beträge der Förderung neu überdacht werden. Dazu gehören insbesondere

- die Wiederherstellung des Schüler-BAföG und die Rückkehr zum Teildarlehen für Studenten;
- ein Stufenplan für die Anpassung der absoluten und prozentualen Freibeträge, der die Preissteigerungen seit 1971 berücksichtigt;
- ein Stufenplan für die Anpassung der Förderungshöchstsätze unter Berücksichtigung der Preissteigerungen seit 1971;
- eine großzügigere Handhabung der Förderungshöchstdauer vor allem bei einer Anmeldung zum Examen;
- eine Verlängerung und Aufstockung der Förderung für Behinderte.

Die SPD wird im Deutschen Bundestag bei der 2. und 3. Lesung der 10. BAföG-Novelle Mitte April entsprechende Vorschläge machen. Sie hält eine Aufstockung der Bundesausgaben für BAföG von 1,6 Milliarden DM um zunächst 105 Millionen DM für 1986 und 230 Millionen DM für 1987 für möglich und verweist in diesem Zusammenhang auf Einsparungsmöglichkeiten bei den Kinderbeziehungsweise Ausbildungsfreibeträgen für höhere Einkommen. (-/15.4.1986/rs/ks)

\* \* \*



Straßen von schweren LKWs entlasten

Der kombinierte Verkehr muß intensiviert werden

Von Klaus Daubertshäuser MdB  
Obmann der SPD-Fraktion im Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages

Schwere LKWs im Fernverkehr belasten zunehmend unser Straßennetz. Insbesondere im Transitverkehr durch die Bundesrepublik wird sich diese Entwicklung noch verschärfen. Deshalb muß wirksam und entschlossen gegengesteuert werden.

Es ist ökonomisch und ökologisch sinnvoll, Güter über große Entfernungen verstärkt auf der Schiene zu transportieren und den Vor- und Nachlauf mit dem LKW durchzuführen.

- LKWs belasten unsere Umwelt durch Lärm und Abgase besonders.
- Die Bahn ist umweltfreundlich, verkehrssicher und sparsam im Energieverbrauch.

Der kombinierte Verkehr Schiene/Straße muß deshalb verstärkt gefördert und ausgebaut werden. Der Transport-Bedarf wird deutlich wachsen auch in den nächsten Jahren. Die Kapazitäten unserer Straßen reichen hierfür nicht. Anstatt entsprechend diesem Bedarf unser Straßennetz auszubauen, macht es sehr viel mehr Sinn, in den kombinierten Verkehr Schiene/Straße zu investieren.

Die Bundesregierung hat sich wiederholt zum kombinierten Verkehr bekannt - gehandelt hat sie entgegengesetzt. Die Fördermittel für den kombinierten Verkehr hat sie drastisch gekürzt. Die Sozialdemokraten verurteilen diese Wende in die Unvernunft. Sie treten ein für eine Politik mit Perspektive und Augenmaß. hierzu gehört auch die Intensivierung des kombinierten Verkehrs.

(-/15.4.1986/rs/ks)

\* \* \*

